GEGEN DIE ILLUSION DER WAHLEN



WARUM WIR DIE FREIHEIT NICHT MIT DEM STIMMZETTEL ERREICHEN KÖNNEN

FDA-IFA.ORG/PERSPEKTIVEN

Inhalt

Staat und Gewaltmonopol....................3

Notwendigkeit des Staates....................5

Kapitalismus und Staat....................7

„Kleineres Übel“ (I): Elend des Reformismus....................10

„Kleineres Übel“ (II): Elend des Antifaschismus mit dem Stimmzettel.....15

Direkte Demokratie?....................20

Aber was wollt ihr dann?....................24

Wie kann eine herrschaftsfreie Gesellschaft erreicht werden?....................30

Diese Broschüre wird von der *Anarchistischen Gruppe Dortmund* herausgegeben. agdo.blogsport.eu | agdo@riseup.net

Der Text ist ein Beitrag zu der Kampagne „*Solidarische Perspektiven entwickeln – Jenseits von Wahlen und Populismus*“

der *Föderation deutschsprachiger Anarchist*innen.*

fda-ifa.org/perspektiven/

*Vor jeder Wahl liegen uns Politiker*innen, Journalist*innen und Lehrer*innen in den Ohren; sie preisen die Vorzüge der Demokratie und versuchen, uns mit Wahl-O-Maten und anderem pädagogischen Schnickschnack zu überzeugen, doch unbedingt von unserem demokratischen Recht Gebrauch zu machen und zur Wahl zu gehen. Wenn wir sagen, dass uns das alles nicht interessiert, werden sie moralisch und behaupten, dass wir uns nicht beschweren dürften, wenn wir nicht mitmachten. Zuweilen werfen sie uns sogar vor, wir persönlich seien durch unsere Wahlenthaltung schuld am Aufstieg der AfD, am Klimawandel, am Mangel an Kitaplätzen und was es sonst so an Problemen der Gegenwart gibt.*

*Diese Werbemaßnahmen und Vorwürfe nützen freilich wenig. Wir sind beileibe nicht die einzigen, die dem Wahlspektakel wenig abgewinnen können. Große Teile der Bevölkerung sind zu der Überzeugung gelangt, dass es im Grunde egal ist, wen sie wählen, weil „die da oben ja ohnehin machen, was sie wollen." Auch diejenigen, die noch zur Wahl gehen, tun das in der Regel nicht aus Begeisterung für eine bestimmte Partei, sondern um „das größere Übel" zu verhindern oder einfach, um überhaupt etwas getan zu haben. Bei Umfragen darüber, welchen Berufsgruppen die Menschen am meisten vertrauen, belegen Politiker*innen seit Jahren regelmäßig den letzten Platz. Politikwissenschaftler*innen warnen besorgt von einer „Legitimationskrise der Demokratie".*

Offenbar wird das Märchen von der „Volkssouveränität", also der Selbstbestimmung, die dem Volk in der Demokratie zukommen soll, immer weniger geglaubt; zumindest ahnen viele, dass Demokratie keineswegs bedeutet, dass sie in ihrem persönlichen Alltag „souverän" sind, sprich selbst bestimmen können, wie sie leben möchten. Politische Wahlen sind im Grunde nur eine von vielen Scheinalternativen, zwischen denen wir uns ständig entscheiden sollen: CDU oder SPD, Saturn oder Media Markt, O_2 oder Vodafone, ein Jura- oder ein Soziologiestudium – Wahlmöglichkeiten, wohin man sieht, aber nirgendwo Freiheit.

Aber warum ist das eigentlich so?

Staat und Gewaltmonopol

Die Macht der Institutionen setzt unsere Ohnmacht voraus.

Warum fühlen wir uns ohnmächtig und haben keinen wirklichen Einfluss auf die Gestaltung unserer Gesellschaft, obwohl wir doch in einer Demokratie, also „Volksherrschaft", leben? – Eine gängige Antwort lautet: Weil die Politiker*innen machtgeil und arrogant sind, lügen, wann immer es ihren Interessen nützt und lieber auf die Einflüsterungen irgendwelcher Lobbyist*innen als auf die Wünsche derer hören, die sie gewählt haben. – Auch wenn diese wenig schmeichelhafte Beschreibung unserer Volksvertreter*innen sicher in vielen Fällen zutrifft, so taugt sie doch wenig als Erklärung für unsere Ohnmacht. Wir denken, das Problem ist nicht, dass das jeweilige Herrschaftspersonal seinen Job schlecht macht – das Problem ist vielmehr die Herrschaft selbst. Mit anderen Worten: Wir kritisieren an der Demokratie, dass sie *eine Staatsform* ist.

Ein Staat ist eine zentralisierte Organisation der Herrschaftsausübung von Menschen über Menschen. Wohl nie hatte eine gesellschaftliche Institution soviel Macht über die ihr unterworfene Bevölkerung wie der moderne Staat: Seine Gesetze schreiben uns in allen möglichen Lebensbereichen vor, was wir tun oder lassen sollen, durch Steuern und Abgaben nimmt er uns einen Teil unseres Einkommens weg, seine Beamt*innen fragen uns über unsere privaten Verhältnisse aus, seine Geheimdienste überwachen unsere Kommunikation. Der Staat kann uns ins Gefängnis stecken, er kontrolliert, wer ein bestimmtes Territorium betreten darf und wer draußen bleiben muss, er kann uns im Ernstfall befehlen, für seine Interessen mit der Waffe in der Hand zu kämpfen, zu töten und zu sterben. All das tut der Staat, ohne je nach dem Einverständnis der von seinen Maßnahmen Betroffenen zu fragen. Und er tut es unabhängig davon, ob ein König, ein Diktator oder eine Versammlung gewählter Vertreter*innen an seiner Spitze steht. Würde irgend eine andere gesellschaftliche Gruppe versuchen, uns die oben aufgezählten Zwangsmaßnahmen aufzuerlegen, wären wir empört und würden sie als Bande von Räuber*innen oder Mafiosi bezeichnen. Wenn der Staat dasselbe macht, nehmen wir es, von einigen besonders krassen Exzessen abgesehen, als selbstverständlich hin.

Damit die staatlichen Institutionen diese Machtfülle innehaben können, müssen ihnen gegenüber alle anderen gesellschaftlichen Kräfte machtlos sein. Der Aufstieg des modernen Staates ist gleichbedeutend mit der

Ausschaltung oder Unterordnung aller gesellschaftlichen Instanzen, die vormals eine gewissen Unabhängigkeit und eigene Macht hatten: Ritter, Klöster, freie Reichsstädte, berufsmäßige Zünfte und Gilden, Dorfgemeinden. Unsere Ohnmacht ist also keine Fehlfunktion des bestehenden Systems, die behoben werden könnte, wenn endlich einmal „ehrliche“ Politiker*innen an die Macht kämen – sie ist die logische Kehrseite der staatlichen Macht.

Das Mittel zur Durchsetzung der Staatsmacht ist das *Gewaltmonopol*: Staatliche Institutionen – Polizei und Militär – sind die einzigen, denen es in unserer Gesellschaft erlaubt ist, unmittelbaren körperlichen Zwang gegen andere Menschen anzuwenden. Dadurch garantieren sie die Einhaltung der staatlichen Gesetze. Das heißt nicht, dass der Staat permanent gewalttätig auftreten würde, im Gegenteil, meist herrscht er durch bürokratische Briefe und gelangweilte Sachbearbeiter*innen auf dem Amt. Aber wir müssen uns nur einmal das beeindruckende Arsenal an uniformierten Schlägertrupps und technischem Gerät ansehen, das die Polizei bei größeren Demonstrationen oder Fußballspielen auffährt oder an die Sondereinsatzkommandos denken, die im Fernsehen manchmal bei der Verbrecherjagd gezeigt werden, um uns klar zu machen, welche Gewaltmittel der Staat in Reserve hat, falls Menschen sich einmal entschließen sollten, seinen Anordnungen *nicht* zu gehorchen. Die Furcht vor dieser Gewalt haben wir alle tief verinnerlicht und sie ist auch der letztendliche Grund dafür, warum viele angesichts eines amtlichen Schreibens in Panik geraten, obwohl es doch an sich nur ein Stück Papier ist.

An dieser Stelle drängen sich nun möglicherweise einige Fragen auf: Ist das Gewaltmonopol des Staates denn nicht notwendig, auch wenn es die Einzelnen in ihrer Freiheit beschränkt? Würde ohne Polizei nicht Mord und Totschlag ausbrechen und wir könnten uns unseres Lebens nicht mehr sicher sein? Zeigen nicht die blutigen Bandenkriege in sogenannten *failed states* wie Somalia, Libyen oder dem Irak, wie verheerend es ist, wenn der Staat sein Gewaltmonopol nicht durchsetzen kann?

Notwendigkeit des Staates

Der Staat hält nicht den „natürlichen Egoismus" der Menschen im Zaum – er schützt das Privateigentum, das diesen Egoismus erst hervorbringt.

Die Auffassung, dass die Staatsgewalt notwendig sei, um einen „Krieg aller gegen alle" zu verhindern, hat bereits im 16. Jahrhundert der englische Staatstheoretiker Thomas Hobbes vertreten. Den Grund dafür sah er in der Natur des Menschen: *„Der Mensch ist dem Menschen ein Wolf"*, sagte er; im Grunde seien wir egoistische Raubtiere, denen Konkurrenzstreben, Misstrauen und Ruhmsucht im Blut liege und die nur durch die Furcht vor der Polizei davon abgehalten werden könnten, ihren Mitmenschen Hab und Gut zu rauben oder ihnen Gewalt anzutun.

Viele Leser*innen werden dieser Beschreibung spontan zustimmen und aus eigener Erfahrung bestätigen, dass unsere Zeitgenoss*innen häufig tatsächlich so rücksichtslos sind, wie Hobbes unterstellt. Der Fehler seiner Theorie besteht jedoch darin, dass er bestimmte Verhaltensweisen der Menschen in der kapitalistischen Gesellschaft als unveränderliche Wesensmerkmale des Menschen schlechthin darstellt.

Die kapitalistische Gesellschaft basiert auf dem privaten Eigentum. Alle mehr oder weniger nützlichen Dinge, die diese Gesellschaft produziert – Brot, Fahrräder, Computer, Klaviere, Häuser, Maschinen usw. – gehören jeweils einer bestimmten Person, die mit diesen Dingen im Rahmen der Gesetze tun und lassen kann, was sie will. Das bedeutet aber umgekehrt, dass *alle anderen* von der Benutzung dieser Sache *ausgeschlossen* sind. Wer z.B. ein Dach über dem Kopf braucht, kann nicht einfach in ein leer stehendes Haus einziehen, wenn der Eigentümer das nicht will. Und da die meisten von uns nicht auf einem Selbstversorger-Bauernhof wohnen, bedeutet das, dass nahezu alles, was wir zum Leben brauchen, zunächst einmal anderen gehört und wir darauf angewiesen sind, dass diese es uns – meist gegen Geld – zur Benutzung oder zum Verbrauch überlassen.

In der vom privaten Eigentum bestimmten Gesellschaft treten uns unsere Mitmenschen daher meist nicht als Kooperationspartner*innen, sondern als Hindernisse bei der Befriedigung unserer Wünsche entgegen, da ihnen dummerweise die Dinge gehören, die wir gerne benutzen würden. Wir müssen einander als Konkurrent*innen behandeln und um den Zugang zu Gütern, Arbeitsplätzen und Machtpositionen

wetteifern. Schon um der bloßen Selbsterhaltung willen ist jeder und jede gezwungen, sich egoistisch zu verhalten, da in dieser Konstellation ein Vorteil für die eine Person meist ein Nachteil für andere bedeutet – und umgekehrt. Es ist somit das Privateigentum, das die von Thomas Hobbes beschriebenen negativen Charaktereigenschaften hervorbringt.

Und es ist auch leicht ersichtlich, dass eine Gesellschaft von Privateigentümer*innen einer zentralisierten Macht bedarf, die darüber wacht, dass die Einzelnen fremdes Eigentum respektieren und sich nicht mit Gewalt nehmen, was sie brauchen bzw. gern genießen würden. Der Sinn des staatlichen Gewaltmonopols ist schlicht und einfach der Schutz des Eigentums. So lange



dieses besteht, ist der Staat tatsächlich notwendig.

Die Vorstellung vom unabänderlichen Egoismus der Menschen ist also nichts anderes als die Projektion gesellschaftlicher Verhältnisse in die Natur. Aber selbst unter kapitalistischen Bedingungen geht das Verhalten der Menschen keineswegs in dem negativen Bild auf, das die bürgerliche Ideologie von ihnen zeichnet. Dass wir miteinander in Konkurrenz stehen, heißt nicht, dass wir *immer* garstig zueinander sind und nur durch die Polizei davon abgehalten werden können, aufeinander loszugehen. Mitten in der bestehenden Konkurrenzgesellschaft gibt es zahlreiche Beispiele von freiwilliger gegenseitiger Hilfe und Solidarität. Menschen engagieren sich im Fußballverein oder in Nachbarschaftsinitiativen, helfen Geflüchteten oder gründen gemeinnützige Kollektivbetriebe. Sicher sind solche Aktivitäten unter aktuellen Bedingungen oft von moralischer Selbstbeweihräucherung und teils fragwürdigen Interessen begleitet oder werden vom Staat für seine Zwecke vereinnahmt. Sie zeigen aber Potentiale auf, die sich in ganz neuer Weise entfalten können, wenn die allgemeinen gesellschaftlichen Bedingungen sich ändern.

Es ist auch nicht so, dass in Situationen, in denen die staatlichen Institutionen plötzlich versagen, notwendiger Weise blutiges Chaos ausbrechen muss. Nachdem der Hurrikan Katrina New Orleans in den USA verwüstet hatte, begannen Bewohner*innen der Armenviertel, die vom Staat in Stich gelassen wurden, sich in Graswurzelorganisationen zusammen zu schließen, um medizinische Hilfe und Wiederaufbau selbst zu organisieren. Auch von vielen anderen Naturkatastrophen wird berichtet, dass die Betroffenen spontane Gemeinschaften bildeten, um mit improvisierten Maßnahmen die Situation zu meistern, während staatliche Stellen eher an der Wiederherstellung der Ordnung interessiert waren und diese *disaster communities* als Bedrohung ihrer Autorität wahrnahmen, die sie möglichst schnell wieder herstellen wollten.

Kapitalismus und Staat

Egal wer die Wahlen gewinnt, die Regierung steht immer im Dienste des Kapitals.

Okay, die staatliche Ordnung mag nicht so naturgegeben sein, wie es scheint. Aber momentan leben wir nun einmal in einem Staat – und macht es da nicht doch einen großen Unterschied, *wer* gerade an der Regierung ist? Um diese Frage beantworten zu können, müssen wir den Charakter der kapitalistischen

Gesellschaft noch einmal genauer betrachten, die der moderne Staat beherrscht und organisiert. Der Kapitalismus ist, wie schon gesagt, eine Gesellschaft von Eigentümer*innen. Aber ihr Eigentum ist sehr ungleich verteilt: Die große Mehrheit besitzt keine Produktionsmittel (Maschinen, Gebäude, Land, Rohstoffe usw.) und muss daher ihre Arbeitskraft verkaufen, um sich den eigenen Lebensunterhalt zu verdienen. Als Lohnabhängigen sind sie darauf angewiesen, dass die Eigentümer*innen der Produktionsmittel – die Kapitalist*innen – sie für sich arbeiten lassen, um Gewinn zu erwirtschaften. Obwohl sie den Großteil des Reichtums dieser Gesellschaft erzeugen, bekommen die Lohnabhängigen nur einen Teil desselben in Form von Lohn ausbezahlt. Sie werden also *ausgebeutet* – auch wenn dies heute in den westlichen Ländern meist nicht bedeutet, dass sie Hunger leiden müssen. Entscheidend ist aber auch nicht, ob wir etwas mehr oder etwas weniger Geld in der Tasche haben – entscheidend ist, dass wir durch die Lohnarbeit der Möglichkeit beraubt werden, die Welt frei zu gestalten, da wir unsere Fähigkeiten unter fremdem Kommando und zu fremden Zwecken verausgaben müssen.

Der Zweck der Produktion ist in dieser Gesellschaft nicht die Befriedigung unserer Bedürfnisse, sondern die Vermehrung des Kapitals. Dass Leute hungrig sind, ist unter diesen Umständen noch kein Grund, Nahrungsmittel zu produzieren – so lange die Bedürftigen nicht das Geld haben, um ihr Bedürfnis in kaufkräftige Nachfrage zu verwandeln. Umgekehrt werden auch offensichtlich gefährliche Dinge wie Panzer und Atomreaktoren umstandslos produziert, wann immer sich zahlungsfähige Abnehmer*innen finden.

Dieser paradoxe Zustand wird oft mit der Habgier und Herzlosigkeit der Unternehmer*innen oder Börsenspekulant*innen erklärt – eine gängige Sichtweise, die jedoch in die Irre führt. Dass Manager*innen Arbeiter*innen entlassen und die Verbliebenen bei möglichst wenig Lohn umso härter schuften zu lassen, liegt nicht an deren persönlichem Charakter, sondern an den unpersönlichen Zwängen des Marktes. Würden sie nicht so handeln, hätte das Unternehmen gegen die billigere Konkurrenz keine Chance und würde über kurz oder lang pleitegehen.

Diese ökonomischen Zwänge machen auch vor den Staaten nicht halt. Selbst mächtige Regierungschefs beginnen zu zittern, wenn es heißt, „die Märkte“ würden ihrer Wirtschaftspolitik misstrauen oder

die Ratingagenturen hätten die Kreditwürdigkeit ihres Landes „auf Ramschniveau herabgestuft". Kapitalistische Staaten finanzieren sich hauptsächlich durch Steuern. Um ihre Institutionen aufrecht zu erhalten, ihre Soldat*innen und Beamt*innen zu bezahlen, ihre Projekte zu verwirklichen, kurz: um überhaupt handlungsfähig zu sein, sind sie darauf angewiesen, dass die Wirtschaft brummt und die Menschen auf ihrem Territorium Reichtum in Geldform erwirtschaften. Das ist aber nur der Fall, wenn Unternehmen in dem betreffenden Land profitable Bedingungen vorfinden. Das Kapital ist, wie es sprichwörtlich heißt, „ein scheues Reh": Wenn die Profitrate an einem bestimmten Standort zu niedrig ist, verlagert es die Produktion eben anderswohin.

Jede Regierung eines bürgerlichen Staates muss daher – ganz egal, was sie sonst vorhat – zunächst einmal dafür sorgen, dass sich das nationale Kapital wohlfühlt. Alle relevanten Parteien hierzulande von rechts bis links haben daher dasselbe Ziel: den Erfolg des Wirtschaftsstandorts Deutschland in der Konkurrenz mit anderen Nationen. Uneinigkeit besteht lediglich in den Mitteln und Wegen, wie dieses Ziel am besten zu erreichen wäre: Liberale und Konservative möchten die Löhne drücken und die Rechte der Beschäftigten beschneiden, damit die Unternehmer*innen sie noch ungehemmter ausbeuten können; Linke dagegen wollen eher dem Volk durch mehr Staatsausgaben und höhere Löhne etwas mehr Geld zukommen lassen, um so die Binnennachfrage anzukurbeln. Grüne wiederum hoffen, durch die Förderung von Solarzellen und Elektroautos der deutschen Wirtschaft einen Vorsprung in den ökologischen Zukunftstechnologien zu verschaffen, mit deren Hilfe sich die Märkte von Morgen beherrschen lassen, usw.

Und wir? – Im Grunde geht uns all dieses Parteiengezänk wenig an. Egal, welche Strategie sich durchsetzt, sie alle basieren auf der Enteignung unserer freien Zeit durch die Lohnarbeit, auf der Opferung unserer Lebensenergie für die Vermehrung des Kapitals. Zu hoffen, eine wie auch immer geartete Regierung eines bürgerlichen Staates könnte unsere Bedürfnisse befriedigen und unsere Träume verwirklichen, wäre gänzlich widersinnig.

„Kleineres Übel“ (I): Elend des Reformismus

Die Aufgabe linker Parteien ist es, von Zeit zu Zeit die brüchig gewordenen Illusionen ins parlamentarische System aufzufrischen.

Wie steht es aber mit Parteien, die sich als „antikapitalistisch“ bezeichnen und versprechen, für mehr „soziale Gerechtigkeit“ einzutreten? Die teilweise sogar behaupten, nur „aus taktischen Gründen“ am Parlamentszirkus teilzunehmen, langfristig aber Kapitalismus und Staat abschaffen zu wollen? Wäre die Wahl solcher Parteien nicht ein Weg, die Ungerechtigkeiten der bestehenden Gesellschaftsordnung durch schrittweise Reformen zu überwinden – oder zumindest das „kleinere Übel“, um einige der schlimmsten Auswüchse der herrschenden Verhältnisse abzumildern?

Abgesehen davon, dass wir nicht einsehen, warum wir uns mit ein paar Brotkrumen zufrieden geben sollen und stattdessen die ganze Bäckerei erobern und nach unseren Vorstellungen umbauen wollen, lehnen wir eine solche reformistische Strategie aus mindestens drei weiteren Gründen ab: Erstens, weil sie ihre Vertreter*innen zu einer immer stärkeren Komplizenschaft mit Staat und Kapital nötigt, zweitens, weil die Erfolgsaussichten des angeblich „realistischen“ Reformismus in Wirklichkeit meist gering sind und drittens, weil dieser Weg häufig zum Wiederaufleben längst fadenscheinig gewordener demokratischer Illusionen beiträgt.

Warum tendieren reformistische Parteien dazu, Komplizinnen der Mächte zu werden, die sie eigentlich bekämpfen wollen? Nehmen wir als Beispiel die von Linksparteien aller Länder immer wieder gern propagierte Idee einer „Reichensteuer“, durch die die Not der Armen gelindert werden soll. Soll diese mehr als eine einmalige Aktion sein, so muss sicher gestellt werden, dass die Reichen auch morgen noch reich sind, sonst könnten sie ja nicht länger gemolken werden. Und wodurch kommen Reiche in einer kapitalistischen Welt zu ihrem Reichtum? – Indem sie entweder selbst Lohnarbeiter*innen ausbeuten oder in irgendeiner anderen Form von den bestehenden Eigentumsverhältnissen profitieren. Umverteilungspolitik durch staatliche Steuern setzt also zunächst einmal erfolgreiche Kapitalakkumulation voraus. So muss beispielsweise eine Partei, die der Bevölkerung durch Abgaben der deutschen Banken und Konzerne helfen möchte, auch den Erfolg des deutschen Kapitals auf dem Weltmarkt wollen. Sofern sie an der Macht im Staate beteiligt ist, muss sie die Interessen

der deutschen Unternehmen berücksichtigen – darunter das Interesse, durch diplomatische oder auch militärische Mittel Zugriff auf Rohstoffquellen, Absatzmärkte und ausbeutbare Menschen in anderen Ländern zu bekommen. Es ist daher weniger ein Verrat, sondern einfach die Logik ihrer Politik, dass die Sozialdemokratie zu Beginn des ersten Weltkrieges dem deutschen Kaiser die Kriegskredite bewilligte oder dass die pazifistischen Grünen Auslandseinsätzen der Bundeswehr zustimmten. Auch die Linke wird diese Kröte schlucken müssen, wenn sie auf Bundesebene regierungsfähig werden will.

Reformistische Kräfte rechtfertigen ihre Politik häufig damit, dass sie wenigstens „realistische“ Verbesserungsvorschläge machten, während die Radikalen außer wohlklingenden, aber völlig utopischen Ideen nichts zu bieten hätten. Wie steht es also mit den Erfolgschancen reformistischer Politik? In bestimmten Situationen kann sie tatsächlich Verbesserungen durchsetzen: Wenn die angestrebten Reformen auch dem herrschenden System und seinen Eliten nützen (so bescherte die rechtliche Gleichstellung der Frau dem Kapital zusätzliche Arbeitskräfte) oder wenn mächtige außerparlamentarische Bewegungen die Herrschenden zu Zugeständnissen zwingen, um einer drohenden Revolution von unten zuvorzukommen (Bismarcks Sozialgesetzgebung Ende des 19. Jahrhunderts). Zu beachten ist dabei jedoch, dass der Staat, wenn er Forderungen sozialer Bewegungen aufgreift, diese stets seinen Interessen anpasst und alle subversiven, für die bestehende Ordnung gefährlichen Aspekte derselben unterdrückt. Mit der Einführung von Bismarcks Sozialgesetzen wurden zugleich die vormals unabhängigen Unterstützungskassen der



Arbeiter*innenbewegung ins staatliche System integriert, sodass die Lohnabhängigen noch stärker unter die Kontrolle des Staates gebracht wurden. Mit der staatlichen Gleichstellungspolitik wurden alle radikal herrschaftskritischen und antikapitalistischen Bestrebungen unterdrückt, die in den feministischen Bewegungen seit den 1960er Jahren teilweise stark ausgeprägt waren – mit dem Ergebnis, dass „Emanzipation" heute nur noch bedeutet, dass Frauen auch Managerinnen, Soldatinnen und Bundeskanzlerinnen werden, sprich alle autoritären Rollen einnehmen können, die vormals ein Privileg der Macker waren.

In unserer Epoche, die vom einer relativen Schwäche außerparlamentarischer Bewegungen und einer verschärften internationalen Kapitalkonkurrenz geprägt ist, sind die Möglichkeiten reformistischer Politik – insbesondere auf dem ökonomischen Gebiet – jedoch ohnehin sehr gering geworden. Dies soll beispielhaft am Fall Griechenlands verdeutlicht werden. Vor ungefähr zwei Jahren versetzte die griechische Partei SYRIZA die staatsgläubige Linke in ganz Europa in Verzückung. Der SYRIZA-Chef Alexis Tsipras hatte soeben die Parlamentswahlen gewonnen, nachdem er großspurig angekündigt hatte, der Verarmungspolitik ein Ende zu setzen, die die internationalen Gläubiger dem verschuldeten Land verordnet hatten. Tsipras lies sogar ein Referendum über die Sparvorschläge der Gläubigerinstitutionen abhalten, bei dem das griechische Volk diese mit großer Mehrheit ablehnte. Und was tat der wackere Volkstribun, nachdem ihm die Wähler*innen so eindrucksvoll den Rücken gestärkt hatten? Er legte vier Tage später eine Maßnahmenliste vor, die mit den gerade abgelehnten Vorschlägen weitgehend identisch war! So sehr hatten die Verhältnisse den Spielraum für linken Reformismus schrumpfen lassen, dass den Griech*innen buchstäblich nur die Wahl blieb, die sozialen Einschnitte sang- und klanglos zu akzeptieren, oder aber durch eine revolutionäre Umwälzung für eine Zukunft jenseits von Staat und Kapital zu kämpfen. Das Ergebnis ist bekannt: Tsipras ist nach wie vor im Amt und die griechische Bevölkerung leidet unter derselben Politik wie zuvor.

Der angebliche Realismus von SYRIZA erweist sich als unrealisierbar; umgekehrt hätte möglicherweise eine revolutionäre Vorgehensweise viel bessere Chancen, tatsächlich Reformen zu erreichen. Würden die kapitalistischen Verhältnisse von einer starken revolutionären Bewegung infrage gestellt, so würde die herrschende Klasse eventuell

plötzlich Zugeständnisse machen, die sie einer maßvoll reformistischen Partei niemals gewährt hätte – in der Hoffnung, so wenigstens ihre Macht nicht zu verlieren und ihr Eigentum zu retten. Es lohnt sich also in jedem Fall, das „Unmögliche“ zu fordern; selbst wenn wir scheitern, können wir immer noch mehr erreichen, als wenn wir uns von vornherein bescheiden zeigen.

Sind die auf reformistischen Wege erreichbaren Verbesserungen heutzutage also weitgehend illusionär, so sind die negativen Auswirkungen dieser Strategie umso realer. Dem Aufstieg solcher Parteien wie der des Herrn Tsipras geht oft eine Periode der Delegitimierung bestehender Institutionen voraus, in der relevante Teile der Bevölkerung ihren Glauben an Parteien und Wahlen weitgehend verloren haben. Dies war in Griechenland nach der Jugendrevolte von 2008 und den Auseinandersetzungen um die staatlichen Sparprogramme der Fall, in Spanien angesichts von Massenarbeitslosigkeit und anhaltender sozialer Kämpfe seit 2009 und in der Türkei nach dem Gezi-Aufstand von 2013. In allen drei Ländern war eine Stimmung weit verbreitet, die einmal ein altes Mütterchen aus einem Armenviertel Istanbuls mit folgenden Worten zusammengefasst hatte: *„Nicht einmal ein Hund würde in die Wahlurnen dieser Republik pissen wollen!“* In all diesen Ländern hat es nicht am Mut der Menschen gemangelt, auf den Straßen gegen die Verteidiger*innen der bestehenden Ordnung zu kämpfen. Was den Oppositionsbewegungen jedoch überall fehlte, war eine klare Vorstellung, wodurch die bestehende Ordnung ersetzt werden könnte. Konkrete Ideen für eine Gesellschaft jenseits von Kapital und Staat waren kaum präsent und es gab zu wenig bewusste Revolutionär*innen, die diese hätten verbreiten können. Dieses Vakuum nützen Parteien wie SYRIZA in Griechenland, Podemos in Spanien und die HDP in der Türkei für sich aus. Selbst aus Basisbewegungen kommend, gelang es deren Politiker*innen, sich als Alternative zu den etablierten Parteien darzustellen, um den Leuten alten Wein in neuen Schläuchen anzubieten und darüber selbst ins Parlament oder gar an die Macht zu kommen. Ihre Kampagnen gaben den Menschen zumindest zeitweilig ein wenig Vertrauen in des System zurück und trugen dazu bei, dass sich keine wirkmächtige radikale Opposition herausbildete. In der Türkei wurden die Kräfte, die dem autoritären Staatsumbau Erdogans vielleicht etwas hätten entgegensetzen können, durch die von der HDP propagierten Perspektive einer Teil-

habe an der türkischen Staatsmacht gelähmt – anstatt das Bewusstsein zu entwickeln, dass die Zerschlagung dieser Staatsmacht die Voraussetzung jeder freiheitlichen Entwicklung in der Region wäre. In Griechenland hatten sich in den Hochzeiten der Auseinandersetzungen zehntausende ganz normaler Menschen von den Methoden der radikalen Kräfte inspirieren lassen – selbstorganisierte Versammlungen, Besetzungen, Straßenblockaden und Molotows waren längst nicht mehr das Monopol einer anarchistischen oder revolutionären „Szene“. Mit dem Aufstieg von SYRIZA verwandelten sich mehr und mehr ehemals rebellische Stadtteilgruppen in bloße Wahlvereine für diese Linkspartei und nach dem Machtantritt war die kleine Schar von anarchistischen



Straßenkämpfer*innen bei den Auseinandersetzungen mit der Polizei wieder allein – so wie sie es vor dem Dezember 2008 gewesen war. Ein ganzer Zyklus von Kämpfen ging zu Ende: Es muss noch einmal von vorn begonnen werden.

„Kleineres Übel“ (II): Elend des Antifaschismus mit dem Stimmzettel

Die faschistische Gefahr kann nicht durch die Verteidigung des demokratisch-kapitalistischen status quo gebannt werden, der diese Gefahr erst hervorbringt.

Angesichts der geringen Halbwertszeit seiner sozialen Versprechungen ist die Euphorie des linken Reformismus meist nur von kurzer Dauer. Es ist aber in jüngster Zeit auch weniger die Hoffnung auf Verbesserung, als vielmehr der Wunsch, das Schlimmste zu verhindern, der teilweise selbst hartgesottene Demokratieverächter*innen an die Wahlurnen treibt. Angesichts des Aufstiegs von AfD, Trump und Le Pen fragen viele: Sind die etablierten Parteien im Vergleich mit dem Rechtspopulismus nicht doch das „kleinere Übel“? Sollten wir in dieser Situation nicht zumindest zeitweilig die grundsätzliche Herrschaftskritik beiseite lassen und uns im Bündnis mit allen demokratischen und antifaschistischen Kräften auf die Bekämpfung der faschistischen Gefahr konzentrieren?

Sehen wir uns zunächst an, was diese autoritären bis faschistischen Bewegungen eigentlich ausmacht. Prägend für diese ist nicht so sehr ihre Liebe für Vaterland, Familie und Religion, die sie gerne vor sich hertragen, als vielmehr ihr *Hass* auf Flüchtlinge, „Asoziale“, selbstbewusste Frauen, Ungläubige, Politiker*innen, die angeblich nationale Interessen verraten usw. Woher kommt dieser Hass? Seine Wurzel liegt in den realen Widersprüchen der liberal-kapitalistischen Ordnung. Anstatt diese jedoch zu erkennen und die für sie verantwortlichen Institutionen und Verhältnisse anzugreifen, projizieren Autoritäre und Faschist*innen ihre Wut auf Ersatzobjekte, denen sie die Schuld an ihrem Unglück geben. Anstatt z.B. die neoliberale Deregulierung der Arbeitsverhältnisse für die zunehmende Unsicherheit ihres Lebens verantwortlich zu machen, meinen sie, dass die neu in ihre Stadt gekommenen Fremden ihre Sicherheit gefährden. Anstatt als Grund für ihre Einflusslosigkeit die offensichtliche Macht der Politiker*innen und Konzerne zu sehen, suchen sie nach vermeintlichen Verschwörungen der Illuminati oder des Weltjudentums, die hinter den Kulissen die Fäden ziehen. Anstatt sich die Gewalt be-

wusst zu machen, die sie sich selbst antun müssen, um den herrschenden Geschlechterrollen zu entsprechen, hassen sie Schwule, Lesben und andere *queere* Menschen, die daran erinnern, dass es auch ein Leben jenseits dieser Normen geben kann.

Der Grund für solche Projektionen ist weniger ein Mangel an Information, als vielmehr ein Mangel an Mut und praktischer Solidarität, um die tatsächlichen Herrschaftsverhältnisse anzugreifen. Nehmen wir als Beispiel einen Büroangestellten, dem der Arbeitsstress zunehmend die Luft zum Atmen raubt. Er hat eine unheimliche Wut im Bauch; insgeheim würde er am liebsten seinen Monitor aus dem Fenster werfen, dem Chef ins Gesicht springen oder allen den Stinkefinger zeigen und sich nach Jamaika absetzen. Seine Situation lässt es jedoch wenig ratsam erscheinen, derartigen Gelüsten nachzugeben: Schließlich hat er eine Familie zu ernähren und muss den Kredit für das neu gekaufte Haus abbezahlen. Leider gibt es in seinem Betrieb auch keinerlei Solidarität der Beschäftigten untereinander, die eine kollektive Antwort auf die Zumutungen ihres Arbeitgebers ermöglichen würde. So ist es einfacher, sich mit dem Unternehmen und seinen Anforderungen zu identifizieren, die Wut gegen den Chef runter zu schlucken und stattdessen über die Flüchtlingsinvasion zu schimpfen oder zuhause gegenüber Frau und Kindern den Macker raushängen zu lassen, um die eigene Ohnmacht auf der Arbeit zu kompensieren. Selbstverständlich ist der ganze psychologische Mechanismus dem Betroffenen nicht bewusst, sonst würde er nicht funktionieren. Und es ist auch klar, dass wir den Büroangestellten allein durch vernünftige Argumente schwer von seinem Hass auf Flüchtlinge werden abbringen können, da dieser für ihn eine wichtige psychologische Funktion erfüllt.

Die Gruppen, die zur Zielscheibe des autoritären Volkszorns werden, sind im Prinzip austauschbar und ändern sich auch von Zeit zu Zeit. Dass dabei jedoch auf bestimmte Bilder und Vorurteile besonders gern zurückgriffen wird („der faule Südländer“, „der raffgierige Jude“; „der triebgesteuerte Schwarze“ usw.), hängt mit den rassistischen Traditionen der jeweiligen Kultur zusammen.

Als politische Strategie propagieren autoritäre Bewegungen eine Verschärfung der Herrschafts- und Ausschlussmechanismen, die auch die liberale Demokratie prägen: Sie wollen Ausländer*innen nicht als billige Arbeitskräfte ausbeuten, sondern lieber ganz aus dem Land raus-

schmeißen, Schwule durch die Straßen jagen, anstatt sie bei der *gay parade* als bunte Vögel zu begaffen, Bürgerrechte einschränken, damit der Staat tatsächliche oder vermeintliche Gegner*innen noch ungehinderter verfolgen kann, andere Länder nicht nur wirtschaftlich niederkonkurrieren, sondern ihnen auch militärisch den eigenen Willen aufzwingen und dergleichen mehr. Ob solche Bewegungen an Einfluss gewinnen oder gar die Macht im Staat übernehmen, hängt jedoch nicht nur von der Verbreitung autoritärer Denkweisen bei Teilen der Bevölkerung ab, sondern auch davon, ob es innerhalb der politischen und wirtschaftlichen Eliten Fraktionen gibt, die an einem autoritären Umbau des Staates interessiert sind – z.B. weil sie sich erhoffen, dadurch ihre Herrschaft unbeschadet durch Krisensituationen zu bringen.

Sollten Kräfte wie der Front National in Frankreich oder die AfD in Deutschland an die Regierung kommen, würde das zweifellos eine Verschlechterung der Lebensbedingungen für viele Menschen bedeuten. Insbesondere Angehörige der von den Autoritären als Sündenböcke für ihr Unglück auserkorenen Minderheiten wären in unmittelbarer Gefahr. Sollte sich eine autoritäre Herrschaft festigen, würden die Handlungsmöglichkeiten für Anarchist*innen und andere für eine freie Gesellschaft kämpfende Menschen stark eingeschränkt. Die Frage ist also, wie eine solche Gefahr am besten zu bekämpfen ist.

Wenn unsere Hypothese stimmt, dass faschistisches Denken eine *falsche* Reaktion auf *reale* Widersprüche der liberal-kapitalistischen Ordnung ist, so ist es eine schlechte antifaschistische Strategie, eben diese Ordnung zu verteidigen. Vor Kurzem hat der liberale Kandidat Macron die französische Präsidentschaftswahl gewonnen – wobei sicher viele Wähler*innen ihm nur ihre Stimme gegeben haben, um die Faschistin Le Pen zu verhindern. Fünf Jahre wird der neue Präsident nun im Amt sein. Das bedeutet: Fünf weitere Jahre liberale Ideologie, die den Leuten weismachen will, alle könnten es in dieser Gesellschaft zu etwas bringen, wenn sie sich nur genügend anstrengen. Von den Vielen, die entgegen dieser Ideologie scheitern werden, *obwohl sie sich anstrengen*, werden sich sicher einige an die Parolen des Front National erinnern, der schon immer gesagt hat, dass Araber und Moslems schuld sind, wenn die Lebensverhältnisse der eingeborenen Französ*innen sich verschlechtern. Unter Macron wird die kapitalistische Konkurrenz um Jobs und Wohnungen nicht weniger werden;

im Gegenteil, der liberale Hoffnungsträger hat bereits Reformen angekündigt, um das Land international wettbewerbsfähiger zu machen – und so werden auch die Rufe nach dem autoritären Staat nicht abnehmen, der die „echten“ Französ*innen vor der Konkurrenz beschützt und alle anderen rigoros ausschließt. Gut möglich, dass Le Pen in fünf Jahren noch mehr Stimmen bekommt als bei der letzten Wahl. Die bestehende Gesellschaft mit ihren Krisen ist der Nährboden, auf dem faschistisches Denken gedeiht – daher die Hilflosigkeit des bürgerlichen Antifaschismus.

Was wirklich gegen den Faschismus hilft, wäre dagegen eine Bewegung, die die Übel dieser Gesellschaft an ihrer Wurzel angreift. Wenn das Erfolgsrezept der Faschist*innen darin besteht, falsche, scheinbare Auswege aus den Widersprüchen des Kapitalismus anzubieten, müssen wir *wirkliche Lösungen* vorschlagen, um sie zu stoppen. Es hilft also gerade nicht, wenn radikal herrschaftskritische Gruppen ihre Ideen verleugnen, um gegenüber bürgerlichen Kräften „bündnisfähig“ zu werden – im Gegenteil, sie müssen diese Ideen so deutlich formulieren und so breit streuen, wie dies nur irgend möglich ist. Der oben erwähnte Büroangestellte könnte wohl nur von seiner Fremdenfeindlichkeit abgebracht werden, wenn er selbst erlebt, dass er wirksam gegen erdrückende Arbeitsverhältnisse kämpfen kann, indem er sich mit ausländischen Kolleg*innen verbündet, anstatt sich gegen diese aufhetzen zu lassen. Gegen die Furcht, Ausländer*innen könnten uns die Jobs wegnehmen, hilft am effektivsten eine Bewegung, die unserer Abhängigkeit von der kapitalistischen Ökonomie und ihren verdammten Jobs praktisch den Kampf ansagt. Den scheinbar rebellischen, in Wirklichkeit aber die Herrschaft stabilisierenden Verschwörungstheorien wird nur etwas entgegensetzen, wer *wirkliche Verschwörungen* gegen die Herrschaft ausheckt. Es geht darum, einen Zustand zu beenden, in dem Faschist*innen – oder in islamischen Milieus auch Jihadist*innen – die einzigen zu sein scheinen, die den *status quo* radikal herausfordern.


DEINE WAHLURNE
Bitte Wahlzettel GLEICH hier einwerfen
Nur direkt-demokratische Selbstorganisierung
ermöglicht
alltägliche Selbstbestimmung

Direkte Demokratie?

Das Problem an der Demokratie ist nicht nur, dass Entscheidungen an Vertreter*innen delegiert werden – auch direktdemokratische Verfahren können Hindernisse für die Freiheit sein.

Von Leuten, die mit dem parlamentarischen Regierungssystem unzufrieden sind, werden häufig „direkte Demokratie“ oder „Basisdemokratie“ als Alternativen vorgeschlagen. Es wird hier im Wesentlichen an zwei Möglichkeiten der Entscheidungsfindung gedacht, welche das Parlament ersetzen sollen: Zum einen *Volksabstimmungen*; zum anderen *Volksversammlungen* auf öffentlichen Plätzen.

Beschäftigen wir uns zunächst mit dem Vorschlag der Volksabstimmungen: Diese Möglichkeit gibt es ja bereits in der jetzigen deutschen Verfassung für bestimmte Fragen und in der Schweiz spielt sie bekanntlich eine noch größere Rolle. Wenn nun aber nicht bloß einige wenige, sondern *sämtliche* politische Entscheidungen von den Bürger*innen selbst getroffen würden – wie einige Befürworter*innen der direkten Demokratie fordern – würde dann nicht endlich das umgesetzt, was wirklich unseren Interessen und Wünschen entspricht?

Das Problem an dieser Idee ist, dass hier lediglich eine Veränderung des politischen Systems gefordert wird, während einer Umwälzung der ökonomischen Basis der Gesellschaft nicht vorgesehen ist. Auch wenn es weder ein Parlament noch Berufspolitiker*innen mehr gäbe, weil wir über alle relevanten Fragen direkt abstimmen könnten, wäre dadurch weder das Privateigentum, noch die Konkurrenz oder das Prinzip der Profitmaximierung außer Kraft gesetzt. Die Menschen würden dadurch weiterhin in den ihnen von den ökonomischen Verhältnissen vorgegebenen Rollen als Unternehmer*innen, Lohnabhängige, Studierende, Staatsbeamt*innen usw. verbleiben. Und sofern sie ihre jeweilige Rolle innerhalb des Systems nicht bewusst in Frage stellen, wird ihr Abstimmungsverhalten von den damit verbundenen Konkurrenzverhältnissen, Interessengegensätzen und Vorurteilen bestimmt werden. Dass die Ergebnisse oft hässlich wären, lässt ein Blick in die Schweiz erahnen: So sprach sich dort z.B. in einer Volksabstimmung 2014 die Mehrheit der Wähler*innen für eine Initiative „gegen Masseneinwanderung“ aus. Bereits fünf Jahre zuvor hatten die Schweizer*innen per Volksentscheid den Neubau von Minaretten in ihrem Land verboten. Es liegt auf der Hand, dass ihre Motive dabei nicht religionskritisch, sondern schlicht rassistisch waren –

schließlich hatten sie gegen den Bau von Kirchtürmen nichts einzuwenden.

Dass eine Ausweitung von Volksabstimmungen die Zwänge und Ungleichheiten der bestehenden Ordnung nicht überwinden wird, dürfte klar geworden sein. Wie steht es aber mit den öffentlichen Volksversammlungen? Diese klassische Variante der direkten Demokratie, deren Ursprünge bis ins antike Griechenland zurückreichen, ist in den letzten Jahren durch Bewegungen wie *¡democracia real ya!* („Echte Demokratie jetzt!") in Spanien, *Nuit debout* („Aufrechte Nacht") in Frankreich oder *Occupy* auf der ganzen Welt erneut populär geworden. Die an diesen Bewegungen Beteiligten trafen sich – oft zu Tausenden – an zentralen Orten der Innenstädte von Athen über Madrid bis New York, um ihren Unmut über die bestehenden Verhältnisse kundzutun, ihre Ideen für eine bessere Welt zu debattieren und per Handzeichen über Vorschläge abzustimmen. Viele sahen diese Zusammenkünfte als Keimform einer neuen und besseren Form der gesellschaftlichen Organisation. Wenn in den Vollversammlungen jeder und jede sprechen darf – unabhängig von Alter, Geschlecht, Beruf oder Nationalität – wäre das nicht die Abschaffung der Hierarchien und Ausschlüsse, die unsere Gesellschaft durchziehen?

Auch hier stellt sich zunächst wieder das Problem der mangelnden Kritik der ökonomischen Verhältnisse. Anders als bei den meisten Befürworter*innen von Volksabstimmungen war in Bewegungen wie *Occupy* zwar ein diffuses antikapitalistisches Gefühl weit verbreitet. Jedoch wollte die Mehrheit der Beteiligten lediglich gegen einige besonders unbeliebte Symptome der Marktwirtschaft vorgehen – etwa die Macht der Großbanken beschränken oder den Handel an der Börse stärker kontrollieren – während die grundlegenden Bestandteile der kapitalistischen Ordnung wie Eigentum, Geld und der Zwang zur Lohnarbeit nicht in Frage gestellt wurden. Eine radikale Minderheit sah dies zwar anders, aber mit Ausnahme der Stadt Oakland in Kalifornien und vielleicht ein paar anderen Orten konnte diese sich kaum Gehör verschaffen. Wie dem auch sei, entscheidend ist, dass es der Bewegung insgesamt nicht einmal im Ansatz gelang, die Organisation des Lebens außerhalb der von ihnen besetzten Plätze umzukrempeln. Solange sonst alles läuft wie gewohnt, ist es für Staat und Kapital nicht sonderlich bedrohlich, wenn ein Haufen Leute in der Innenstadt campt. Und so konnten die Behörden letztlich einfach warten, bis sich die Sache

von selbst auflöste, weil die meisten Aktivist*innen früher oder später wieder arbeiten gehen oder Prüfungen an der Uni machen mussten.

Wenn wir jedoch einmal von den Schwächen der real existierenden Protestbewegungen absehen und uns vorstellen, es würde uns tatsächlich gelingen, die Produktionsmittel zu vergesellschaften und den Staatsapparat zum Verschwinden zu bringen – wären dann basisdemokratische Versammlungen nach dem Vorbild von Occupy nicht das ideale Mittel zur Organisation der neuen, freien Gesellschaft? – Auch hier sind wir skeptisch.

Es ist in diesem Zusammenhang wichtig, sich zu vergegenwärtigen, dass es bei Occupy und artverwandten Bewegungen zwei gegensätzliche Vorstellungen von der Rolle der Massenversammlungen gab: Nach dem Willen der einen sollten diese die *Beschlussfassungsorgane* der Bewegung sein, während die anderen in ihnen wesentlich *Orte der Begegnung* sahen.

Die erste Fraktion, die in den meisten Städten dominierte, sahen in den Debatten und Abstimmungen auf den Vollversammlungen den entscheidenden Mechanismus der gemeinsamen Willensbildung. Jede Handlung, die im Namen der Bewegung durchgeführt werden sollte, musste nach ihrer Vorstellung dort per Mehrheitsentscheid abgesegnet werden. Aus ihrer Sicht war es undemokratisch, wenn Einzelne oder Gruppen Aktionen machen wollten, für die es keinen offiziellen Beschluss gab. Dies führte in der Praxis zu einer Lähmung der Eigeninitiative der Beteiligten; insbesondere radikalere Initiativen wurden oft mit dem Hinweis abzuwürgen versucht, dass sie nicht durch eine Resolution der Vollversammlung legitimiert seien. Wenn die Abstimmungen zur Hauptaufgabe der Versammlungen erklärt wurden, waren dadurch allein aufgrund der schieren Masse der Beteiligten die meisten zur Passivität verdammt: Sie mussten stundenlang herumsitzen und Redner*innen lauschen, deren Redezeit jeweils streng auf wenige Minuten beschränkt war und die schon deshalb oft wenig Vernünftiges sagen konnten. Angesicht der Menge der Teilnehmer*innen war die Möglichkeit, selbst zu sprechen, naturgemäß äußerst begrenzt. Die Aktivität der meisten erschöpft sich daher darin, zuzuhören, durch verabredete Handzeichen Zustimmung oder Ablehnung zu signalisieren und zuweilen über bestimmte Vorschläge abzustimmen. Sie blieben im wesentlichen *Zuschauer*innen.* Im Grunde war ihre Rolle den Wähler*innen in der parlamentarischen Demokratie gar nicht so unähnlich – nur dass sie



den politischen Prozess nicht zuhause vor dem Fernseher, sondern live und unter freiem Himmel verfolgten.

Anarchist*innen und andere Radikale innerhalb von Occupy haben daher eine andere Zweckbestimmung der öffentlichen Versammlungen vorgeschlagen: Diese sollten wesentlich *Orte des Palavers* sein. Die Beteiligten einer Platzbesetzung sollten sich lediglich auf einige sehr allgemein gehaltene Grundsätze einigen; darüber hinaus sollte jede Teilgruppe und jedes Individuum der Bewegung völlige Freiheit in der Wahl der Mittel und Initiativen haben. Die Besetzung sollte ein Ort der Begegnung und des Austausches sein, um voneinander zu lernen, zu debattieren, Mitstreiter*innen für ei-

gene Projekte zu finden oder sich von den Vorhaben anderer begeistern zu lassen. Es ist kein Zufall, dass Occupy Oakland, eine der wenigen Besetzungen, bei denen diese Sichtweise vorherrschend war, sich zu einem der *hot spots* der Bewegung entwickelte, wo eine Vielzahl unterschiedlicher Initiativen und Aktionsformen entstanden, die weit über die Grenzen dieser kalifornischen Kleinstadt hinaus auf Resonanz stießen.

Es ist aus dem Gesagten sicherlich deutlich geworden, dass wir die zweite Auffassung vom Sinn und Zweck von Vollversammlungen für vernünftiger halten. Letztlich entspringt das Bedürfnis nach demokratischer Legitimation des eigenen Handelns durch eine zentrale, anerkannte Entscheidungsstruktur wahrscheinlich einer gewissen Ängstlichkeit, die zeigt, dass die Bewegung noch nicht bereit war, wirklich mit den Verkehrsformen der alten Welt zu brechen und die Beteiligten sich und anderen nicht zutrauten, völlig selbstbestimmt zu handeln. Zusammenfassend lässt sich sagen, dass wir die Möglichkeit von Beschlüssen durch große Versammlungen in einer freien Gesellschaft nicht ablehnen; solche Prozesse sollten aber nicht überbewertet werden und dürfen vor allem nicht die Freiheit zur selbstständigen Initiative der an diesen Versammlungen beteiligten Gruppen und Individuen ersticken.

Aber was wollt ihr dann?

Unser Ziel ist die klassen- und staatenlose Weltgesellschaft.

Die Leserin und der Leser, die unserem Gedankengang bis hierher gefolgt sind, werden sich möglicherweise denken: Eure Kritik an der bestehenden Gesellschaft mag ja durchaus berechtigt sein – aber wodurch um alles in der Welt wollt ihr sie ersetzen? – Die folgenden Überlegungen versuchen auf diese Frage zumindest in groben Zügen zu antworten. Sie sind dabei nicht als Blaupause zu verstehen, die nur darauf wartet, in die Realität übertragen zu werden. Es liegt im Wesen einer freien Gesellschaft, dass deren konkrete Verkehrsformen nicht im Voraus festgelegt, sondern nur von den Menschen bestimmt werden können, die sie aufbauen. Andererseits ist es absolut notwendig, hier einige Hinweise zu geben, denn die Unfähigkeit, sich eine nicht von Staat und Kapital organisierte Gesellschaft vorzustellen, ist eines der Haupthindernisse beim Versuch, die bestehende Misere zu überwinden. In diesem Kapitel wird der russische Anarchist Peter Kropotkin ausführlich zu Wort kommen, der die Grundzüge einer herrschaftsfreien

Gesellschaft in prägnanter und schöner Form dargelegt hat. Auch wenn dieser Revolutionär bereits im 19. Jahrhundert lebte, haben seine Gedanken nicht an Aktualität eingebüßt.

Über die Diskussionen unter den Menschen, die sich nach einer freien Gesellschaft sehnen, schreibt Kropotkin:

Neue Bestrebungen entstehen, neue Ideen beginnen sich zu entwickeln. Die Meinungen kreuzen sich und wechseln ins Unendliche; aber zwei Hauptideen tönen bereits immer deutlicher aus diesem Stimmengewirr heraus: die Abschaffung des Eigentums, der Kommunismus einerseits; und andererseits die Abschaffung des Staates, die freie Gemeinde, die internationale Vereinigung der arbeitenden Bevölkerung.

Diese beiden „Hauptideen" ergeben sich aus der Kritik der bestehenden Gesellschaft: Wenn der Staat und die bürgerliche Eigentumsordnung als Verursacher der bestehenden Unfreiheit ausgemacht wurden, so ist es logisch, dass die Freiheit nur durch deren Überwindung erreicht werden kann.

Wichtig ist dabei, dass diese Ideen *zusammen* realisiert werden müssen, um wirklich eine freie Gesellschaft zu erschaffen. *„Jede Gesellschaft, die mit dem Privateigentum gebrochen hat, wird nach unserer Meinung gezwungen sein, sich in anarchistisch-kommunistischer Form zu organisieren. Die Anarchie führt zum Kommunismus, und der Kommunismus zur Anarchie".* Wenn Kropotkin von „Kommunismus" spricht, so meint er damit nicht eine autoritäre Parteiherrschaft, die heute die meisten Menschen mit diesem Begriff verbinden. Kommunismus ist nicht die DDR oder die Sowjetunion. Im Gegenteil, der Kommunismus wäre ein „Verein freier Menschen" (Karl Marx), in dem die Gütergemeinschaft die Abschaffung jeder hierarchischen Macht mit einschließt. Umgekehrt, wenn Kropotkin von der „Abschaffung des Staates" – der Anarchie – spricht, so meint er damit nicht den blutigen Kampf aller gegen alle, der heute landläufig mit dem Begriff verbunden wird. Im Gegenteil: Anarchie bedeutet Ordnung ohne Herrschaft, und diese kann nur erreicht werden, wenn zugleich mit der hierarchischen Macht das Eigentum abgeschafft wird, dass die Menschen voneinander trennt und in Konkurrenz zueinander setzt.

Aber was würde die Verwirklichung dieser beiden „Hauptideen" konkret bedeuten? Sehen wir uns zunächst die Abschaffung des Eigentums genauer an:

Die Idee ist, dass Arbeiterorganisationen für Produktion, Austausch und Verteilung die Stelle der bestehenden kapitalistischen Ausbeutung und des Staates einnehmen werden. Dabei werden alle Güter sofort beim Beginn der sozialen Umwälzung in die unentgeltliche Nutznießung aller übergehen. Nehme jeder aus den Vorräten, was er nötig hat, und halten wir uns versichert, dass die Kornläden unserer Städte genug Nahrungsmittel enthalten, um alle bis zu dem Tage zu speisen, an welchem die freie Produktion ihren Anfang nehmen wird. In den Kleidermagazinen der Städte ist Vorrat genug, um alle zu bekleiden. Ja sogar genügend Luxusgegenstände sind vorhanden, um jedermann nach seinem Geschmacke Auswahl zu gestatten.

Die Produktionsmittel sollen also in die Hände der Produzent*innen übergehen und jede und jeder dürfte sich von den gemeinsam erzeugten Gütern nehmen, was immer das Herz begehrt. Die Verwirklichung dieser zunächst unmöglich anmutenden Idee wird unterstützt durch die ungeheure Entwicklung der Produktivkräfte, die – heute noch viel mehr als zu Kropotkins Zeiten – ein Leben in Wohlstand für alle Menschen jederzeit ermöglichen würde, sofern diese nicht länger durch die Schranken des Eigentums von den Dingen getrennt wären, die sie brauchen.

Es ist klar, dass die kommunistische Umwälzung nicht bei der *Verteilung* der Güter haltmachen, sondern auch die *Produktion* von Grund auf umgestalten würde. Wenn wir nicht mehr für den Profit der Unternehmen, sondern für die Bedürfnisse unserer Gemeinschaften produzieren würden, so gäbe es eine Menge Arbeiten, die sofort eingestellt werden könnten, weil sie wesentlich der Aufrechterhaltung der alten Ordnung dienen (Gefängnisse, Grenzzäune, Supermarktkassen, Banken, Polizei und Militär usw.). Andere Bereiche müssten gründlich reformiert werden, um einerseits die Zerstörung unserer natürlichen Lebensgrundlagen zu stoppen und andererseits den Bedürfnissen eines freien und gemeinschaftlichen Lebens angepasst zu werden (Verkehrswesen, Energiegewinnung, Landwirtschaft, Städtebau usw.). Wenn wir nicht mehr nach den Anweisungen irgendwelcher Chefs, sondern unter eigener Regie arbeiten würden, ist auch davon auszugehen, dass nicht mehr allein die möglichst effiziente Erzeugung eines bestimmten Endprodukts zählen würde, sondern wir den Arbeitsprozess so umgestalten würden, dass er den Beteiligten Spaß macht und ihre Kreativität und Fähigkeiten entfaltet, anstatt sie ab-

zustumpfen.

Wie aber soll das Zusammenleben der Menschen organisiert werden, wenn der Staat abgeschafft ist? Der Grundgedanke besteht darin, dass das Prinzip von Befehl und Gehorsam in allen gesellschaftlichen Beziehungen durch das Prinzip der *freien Vereinbarung* zwischen einander gleichgestellten Individuen und Gruppen ersetzt wird. An die Stelle hierarchischer Institutionen tritt ein Netzwerk verschiedenster Zusammenschlüsse ohne ein übergeordnetes Machtzentrum:

Dieses Geflecht zergliedert sich in eine Vielheit von Assoziationen, die sich zu allen gemeinsame Arbeit erfordernden Zwecken zusammenschließen: zu Bünden zum Zwe-



cke der Produktion jeder Art, der landwirtschaftlichen, industriellen, rein geistigen oder künstlerischen; zu Konsumgemeinden, die für Wohnungen, für Beleuchtung und Heizung, für Nahrungsmittel, sanitäre Einrichtungen usw. Sorge tragen. Alle diese Gruppen wirken in freier gegenseitiger Vereinbarung zusammen.

Wichtig ist, dass die angestrebte Umwälzung *allen* Herrschaftsverhältnissen den Kampf ansagen muss, auch solchen, die nicht auf Kapital und Staat zurückgeführt werden können. So existierte z.B. das Patriarchat, das ungleiche Verhältnis der Geschlechter, lange bevor der Kapitalismus und der moderne Staat die Bühne der Geschichte betraten. Es wird mit der Umwälzung der Eigentumsverhältnisse nicht „automatisch" verschwinden, sondern eines gesonderten Kampfes bedürfen, um auch diese Jahrtausende alte Unterdrückung zu beenden.

Des Weiteren betont Kropotkin die internationale, ja weltweite Dimension der angestrebten Umwälzung:

Die kommende Revolution wird einen allgemeinen Charakter haben, welcher sie von allen früheren Revolutionen unterscheiden wird. Es wird nicht mehr ein Land sein, welches sich in die Umwälzung stürzt, sondern es werden alle Länder sein. […] Der Mensch begreift mehr und mehr, dass das Glück des vereinzelten Menschen nicht möglich ist; dass dasselbe nur im Glück aller – im Glück der ganzen Menschheit – gesucht werden kann.

Neben der Tatsache, dass regionale Autarkie (Selbstgenügsamkeit) heutzutage auf wirtschaftlichem, kulturellem und wissenschaftlichem Gebiet weder möglich noch wünschenswert wäre, ist die Notwendigkeit einer weltweiten Revolution vor allem durch die Erfahrung bedingt, dass lokal begrenzte herrschaftsfreie Experimente längerfristig in einer feindlichen Umwelt kapitalistischer Staaten kaum überleben können.

Angesichts des weit gespannten Ziels der Weltrevolution könnte der Eindruck entstehen, Anarchist*innen predigten das Abwarten auf ein fernes Paradies und meinten, dass vor dem Tag der großen Umwälzung keine Veränderung der gesellschaftlichen Beziehungen möglich sei. Das Gegenteil ist der Fall: Wir halten es für absolut möglich und notwendig, bereits im *hier und jetzt* mit Versuchen des herrschaftsfreien und gemeinschaftlichen Lebens anzufangen. Anarchist*innen tun dies auch in vielfältiger Weise: Sie kochen und verteilen kostenloses Essen, organisieren Aktivitäten des selbstbestimmten Lernens, betreiben selbstverwaltete Buchläden und

Kulturzentren, leben und arbeiten in Kollektiven ohne Chefs zusammen, veranstalten Festivals und Sommercamps, schließen sich mit anderen in Gruppen zur gegenseitigen Hilfe bei diversen Problemen zusammen und vieles mehr. Solche Aktivitäten tragen direkt zu einer Verbesserung des alltäglichen Lebens bei und zeigen, dass unsere Ideen keine abstrakten Ideale sind. Sie sind aber auch zur Vorbereitung der allgemeinen Revolution von Bedeutung, denn es ist äußerst unwahrscheinlich, dass mit dem Zusammenbruch der alten Ordnung aus dem Nichts freie Gesellschaftsstrukturen entstehen, ohne dass Menschen vorher mit entsprechenden Experimenten Erfahrungen gesammelt haben. Umgekehrt darf aber auch nicht vergessen werden, dass all diese Veränderungen im hier und jetzt allenfalls einen *kleinen Vorgeschmack* auf ein befreites Leben hervorbringen können, solange die allgemeinen Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse weiter bestehen. Es kann keine Inseln der Freiheit in einer unfreien Welt geben.

Es stellt sich hier wieder eine Vielzahl von Fragen, die bei der Verwirklichung einer herrschaftsfreien Gesellschaft angegangen werden müssten: Wie können Konflikte zwischen Individuen und Gruppen konstruktiv gelöst werden? Wie soll mit übergriffigem oder gemeinschaftsschädigendem Verhalten umgegangen werden? Wie kann verhindert werden, dass sich neue Hierarchien herausbilden? – Zu all diesen Problemen wurden in oben erwähnten freiheitlichen Experimenten bereits Diskussionen geführt und Lösungsansätze entwickelt, die auszuführen hier jedoch den Rahmen sprengen würden. Darüber hinaus vertrauen wir darauf, dass die ungeheure Energie, welche die Befreiung von Staat und Kapital freisetzen würde, es ermöglichen wird, hier noch weitaus bessere Umgangsweisen zu finden. Denn, um noch einmal abschließend Kropotkin zu zitieren:

„Diese neue Gesellschaft besteht aus einander gleichgestellten Mitgliedern, die nicht mehr gezwungen sind, Hand und Kopf an andere zu verkaufen und sie von diesen in beliebiger, planloser Weise ausnützen zu lassen; sie können vielmehr ihre Kenntnisse und Fähigkeiten zielbewusst der Produktion zuwenden im Rahmen eines Organismus, der dabei für die individuelle Initiative vollen Spielraum lässt.“

Wie kann eine herrschaftsfreie Gesellschaft erreicht werden?

Die Verwirklichung unserer Ideen mag schwierig sein – noch viel unrealistischer ist es jedoch, zu glauben, die bestehende Ordnung könnte die Probleme der Gegenwart auf befriedigende Weise lösen.

Euer Ideal einer befreiten Gesellschaft ist schön, aber wie wollt ihr es verwirklichen? Ihr seid doch nur eine winzige Minderheit, die meisten Leute wollen von euren Gedanken nichts wissen und ihr habt es mit einem übermächtigen Gegner zu tun. Ihr mögt sympathische Spinner sein, aber Spinner seid ihr dennoch! – So oder ähnlich reagieren häufig selbst wohlmeinende Menschen, die bereit sind, sich die Gedanken der Anarchist*innen anzuhören.

Zugegeben: Die Aufgabe, an der wir mitwirken möchten, ist ungeheuer schwierig. Was jedoch den Vorwurf angeht, wir seien verrückt: Wenn es als vernünftig gilt, die bestehende Gesellschaft zu bejahen, trotz all der Katastrophen, die sie fortwährend produziert, trotz des Diebstahls unserer Lebenszeit durch die Lohnarbeit, trotz der psychischen und körperlichen Verheerungen, die diese für so viele Menschen bedeutet, trotz der Kriege, der ökologischen Desaster, der vermeidbaren Hungertoten, des Elends der Flüchtlinge – wenn es trotz alldem als Ausweis von Realitätstauglichkeit gilt, diese Ordnung als die beste aller möglichen Welten zu akzeptieren – dann wollen wir gern verrückt sein!

Und täuschen wir uns nicht: So allmächtig die heutigen Staaten mit ihren Bürokratien, Polizei- und Militärapparaten auch erscheinen, sie sitzen möglicherweise weniger fest im Sattel als wir glauben. Dass der Kapitalismus ein zutiefst krisenhaftes und instabiles System ist, wird mittlerweile selbst hierzulande, im reichen und wirtschaftlich erfolgsverwöhnten Deutschland, immer mehr Menschen klar. In den letzten zehn Jahren hat eine ununterbrochene Serie von Revolten und Aufständen die verschiedensten Länder erschüttert, der Ruf nach Freiheit ertönte von Kairo bis Rio de Janeiro, von Istanbul bis New York.

Jedoch ist es keiner dieser Bewegungen gelungen, freiere Verhältnisse zu schaffen. Im Gegenteil, häufig folgten auf die Revolten brutale Repression, übernahmen Militärregimes die Macht, gewannen faschistische oder islamistische Banden an Einfluss. Gruppierungen, die die Abschaffung des Staates und des Eigentums als Lösung für die Probleme der Gegenwart ins Spiel brachten, waren zwar fast überall irgend-



wie beteiligt, aber stets zu schwach, um einen entscheidenden Einfluss auf die Ereignisse zu nehmen. Die Krisen des Bestehenden führen niemals automatisch zu besseren Verhältnissen, das geschieht nur dann, wenn Menschen bewusst und aktiv dafür kämpfen.

Die geringe Zahl der revolutionären Kräfte ist dabei an sich kein Argument gegen diese. Revolutionen werden nicht von Revolutionär*innen gemacht, sondern von den Massen „ganz normaler“ Menschen, die sich in einem bestimmten Augenblick weigern, ihr bisheriges Leben länger zu ertragen. Neue Ideen können sich in einer solchen Situation rasant ausbreiten, wenn die Umstände günstig sind. *„Jene, die am Vorabend der Revolution in der Minori-*

tät waren, [können] am Tage der Revolution zur überwiegenden Mehrheit werden, wenn sie den wahren Ausdruck der Bestrebung des Volkes darstellen", schreibt Kropotkin. *„Wir waren kaum ein Dutzend Republikaner im Paris von 1789"*, erinnert sich der französische Revolutionär Camille Desmoulins. Nur drei Jahre danach wurde die Monarchie abgeschafft und wenig später der König Louis XVI. hingerichtet.

Dass die revolutionären Kräfte derzeit so schlecht aufgestellt sind, liegt denn auch weniger an ihrer zahlenmäßigen Schwäche, sondern vielmehr daran, dass sie sich, gemessen an ihren Zielen, in den meisten Ländern in einem ziemlich desolaten Zustand befinden. Oft igelt sich die „revolutionäre Szene" in ihren kleinen Ghettos ein, klammert sich an überkommene Traditionen und ist unfähig, eine Sprache zu finden, um sich mit Menschen außerhalb ihres Milieus zu verständigen. Es geht ja nicht „nur" darum, die Regierung zu stürzen und eine neue Wirtschaftsweise einzuführen. Da die kapitalistische Gesellschaft vom Städtebau bis zu den Liebesbeziehungen, von den wissenschaftlichen Methoden bis zur Kindererziehung alle Lebensbereiche prägt, müssten auf all diesen Gebieten neue Ideen entstehen und es müsste mit neuen Handlungsweisen experimentiert werden, um tatsächlich eine bessere Gesellschaft aufbauen zu können. Davon ist das radikale Milieu noch weit entfernt. Ansätze existieren zwar hier und da, aber in isolierter und einseitiger Form; nirgends fügen sich die Splitter zur Ganzheit eines lebendigen revolutionären Experiments.

Die hier geäußerte Kritik gilt auch für unsere eigenen anarchistischen Zusammenhänge. Wir bilden uns nicht ein, dass die existierenden anarchistischen Grüppchen lediglich immer mehr Mitglieder gewinnen müssen, um dann irgendwann die Gesellschaft nach ihren Vorstellungen umgestalten zu können. Vielmehr werden sie sich im Prozess der kommenden Auseinandersetzungen selbst von Grund auf revolutionieren, auf allen Gebieten Neues lernen, sich umgruppieren, auflösen und neu gründen müssen, um vielleicht irgendwann ihrer selbst gestellten Aufgabe gerecht zu werden. Es ist auch gut möglich, dass eine gesellschaftliche Umwälzung von neu entstehenden Kräften ausgehen wird, die sich um die heute bestehenden Gruppen nicht kümmern werden, weil sie sie von Anfang an für unzureichend halten.

Im völligen Bewusstsein der eigenen Schwäche werden wir aber nicht aufhören, unsere Ideen zu pro-

pagieren und mit ihrer Verwirklichung zu experimentieren. Denn *die Unruhe ist in der Welt*, die Krisen der bestehenden Ordnung verschärfen sich. Wie wir eingangs festgestellt haben, erkennen immer mehr Menschen die Versprechungen der parlamentarischen Demokratie als Illusion und suchen nach neuen Antworten. Wenn sie keine freiheitlichen Antworten finden, so werden es Faschist*innen und andere Autoritäre sein, denen sie zuhören und die von der Situation profitieren. Es steht viel auf dem Spiel – nehmen wir die Herausforderung an!

Aber womit beginnen? Wir können hier keine Patentrezepte anbieten. Vieles kann richtig sein, wenn es zu einer Vertiefung und Verbreiterung der Gegnerschaft zum Bestehenden beiträgt. Wichtig ist, überhaupt irgendwo anzufangen und den Kampf aufzunehmen. Lest alle subversiven Schriften, die ihr in die Finger bekommt. Vergleicht, diskutiert und kritisiert sie, lasst sie im Bekanntenkreis zirkulieren. Nehmt eure Freundschaften ernster als euren Job. Weigert euch, euer Leiden, eure Depression als persönliches Problem abzutun, geht deren gesellschaftlichen Ursachen auf den Grund. Bleibt nicht allein, sprecht mit Leuten am Arbeitsplatz, in der Nachbarschaft oder wo immer ihr euch aufhaltet über die alltäglichen Probleme, setzt euch gemeinsam für eure Interessen ein und vertraut nicht auf Politiker*innen oder andere, die sich als eure Fürsprecher*innen anbieten. Informiert euch genau über eure Rechte auf der Arbeit, beim Jobcenter etc., nutzt diese und versucht, durch gemeinsames Handeln darüber hinausgehende Spielräume zu schaffen. Findet heraus, ob es Anarchist*innen, freiheitliche Kommunist*innen oder andere für eine freie Welt eintretende Leute in eurer Stadt gibt, besucht deren Treffpunkte, Diskussionsveranstaltungen und Demonstrationen. Seid euch bewusst, dass ihr dort keine fertige revolutionäre Organisation vorfinden werdet, der ihr nur noch beizutreten braucht – aktiv werden müsstet ihr vor allen Dingen selbst. Aber vielleicht werdet ihr dort einigen Individuen begegnen, mit denen sich ein Austausch und weitere Zusammenarbeit lohnt. Oder ignoriert alle unsere Vorschläge und macht, was ihr selbst für richtig erachtet.

Dies ist eine Einladung – Wir sehen uns auf den Barrikaden!

Anarchistische Gruppe Dortmund,
im August 2017


WAHLURNE
Du hast es in der Hand. Bau keinen Mist.
GANZ W
BLEIBT
AN.
F13
MISTTELEFON
546 48

Weiterführende Literatur

Zum 1. Kapitel: Staat und Gewaltmonopol

- Michail Bakunin: Gott und der Staat. *1871* (Klassiker der anarchistischen Staatskritik)

Zum 2. Kapitel: Notwendigkeit des Staates

- Peter Kropotkin: Gegenseitige Hilfe in der Tier- und Menschenwelt, *1902* (historische Kritik der Vorstellung von einer egoistischen Menschennatur)

Zum 3. Kapitel: Kapitalismus und Staat

- Karl Marx: Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie, *1867-1894* (Der Klassiker der Kapitalkritik)
- David Smith und Phil Evans: Das Kapital für Anfänger (Sach-Comic), *1991* (Gut gemachte, leicht zugängliche Einführung ins Thema)

Zum 4. Kapitel: Elend des Reformismus

- Crimethinc: Syriza kann Griechenland nicht retten. *2015* (http://magazinredaktion.tk/syriza.php) (Über Linksparteien im Allgemeinen und Syriza im Besonderen)
- Ishak Baran: Die Gewinner der türkischen Parlamentswahlen: Demokratische Illusionen. *2015* (http://magazinredaktion.tk/demil.php) (Über die HDP und die allgemeine Lage in der Türkei, geschrieben vor dem Putschversuch)

Zum 5. Kapitel: Elend des Antifaschismus mit dem Stimmzettel

- Theodor W. Adorno: Studien zum autoritären Charakter, *1950* (Klassische Analyse der sozialpsychologischen Mechanismen, die faschistischem Denken zugrunde liegen)
- Gilles Dauvé: 1917 – 1937: Wenn die Aufstände sterben. *1998* (http://www.wildcat-www.de/zirkular/50/z50dauve.htm) (Kritik antifaschistischer Bündnisse mit der Bourgeoisie in der Periode zwischen den Weltkriegen)

Zum 6. Kapitel: Direkte Demokratie?

- Crimethinc: Fire Extinguishers and Fire Starters. Anarchist Interventions in the #Spanish Revolution, an account from Barcelona. *2011* (https://crimethinc.com/2011/06/08/fire-extinguishers-and-fire-starters-anarchist-interventions-in-the-spanish-revolution-an-account-from-barcelona) (Bericht über die Platzbesetzungsbewegung in Spanien 2011)
- TPTG: Preliminary notes towards an account of the „movement of popular assemblies". *2011* (http://www.tapaidiatisgalarias.org/wp-content/uploads/2010/03/prel.pdf) (Bericht über die Platzbesetzungsbewegung in Griechenland)
- Et al. (Hrsg.): Die Kommune von Oakland - Allerlei Texte über die erfolgreichen Fehlschläge. *2012* http://www.magazinredaktion.tk/oakland.php) (Dokumentation von Texten aus der wohl bemerkenswertesten Hochburg der Occupy-Bewegung)

Zum 7. Kapitel: Aber was wollt ihr dann?

- Peter Kropotkin: Die kommende Revolution. *2011* (http://magazinredaktion.tk/video/agitprop/kommende_revolution.php) (Filmcollage zur Einführung in Peter Kropotkins kommunistischen Anarchismus)
- P.M.: bolo'bolo. *1983* (Utopie einer herrschaftsfreien Gesellschaft)

zum 8. Kapitel: Wie kann eine herrschaftsfreie Gesellschaft erreicht werden?

- Unsichtbares Komitee: Der kommende Aufstand. *2007* (https://linksunten.indymedia.org/de/node/22966/) (viel diskutierte Anleitung für den Kampf)
- Saul Newman: What is an Insurrection? Destituent Power and Ontological Anarchy in Agamben and Stirner, Political Studies *2016* (aktuelle Versuche des akademischen Anarchismus, anarchistische Praxis theoretisch zu begründen)
- Einige Individuen aus dem ehemaligen Club für sich: Die

Scherbentheorie. *2012* (http://magazinredaktion.tk/Scherbentheorie.php) (kritische Bestandsaufnahme der radikalen Szene)

Zur Kritik der Demokratie im Allgemeinen:

- Crimethinc: Von der Demokratie zu Freiheit. *2012* (http://agdo.blogsport.eu/2017/04/09/crimethinc-von-der-demokratie-zur-freiheit/) (Umfassende Kritik der demokratischen Ideologie vom antiken Athen bis Occupy)
- Pierre-Joseph Proudhon: Über das föderative Prinzip und die Notwendigkeit, die Partei der Revolution wieder aufzubauen. *1863* (Demokratiekritik aus anarchistisch-konföderaler Sicht)

Einführungen in den Anarchismus:

- Horst Stowasser: Anarchie! Idee – Geschichte – Perspektive. *2007* (Verständlich geschriebenes Standartwerk zur Einführung in den Anarchismus)
- Jochen Knoblauch, Hans J. Degen: Anarchismus 2.0 – eine Einführung. *2006* (Sammelband über neuere Tendenzen des Anarchismus seit 1945)
- Crimethinc: Alles verändern. *2015* (https://crimethinc.com/tce/deutsch) (Weltweite anarchistische Intervention in die Auseinandersetzungen unserer Zeit, in mehr als einem Dutzend Sprachen erschienen)


WAHLURNE
ANTIFA NIGHT
Thursday | 23.1.2014
ESRAP
STOCKKAMPF
ROY DE ROY

AfD, Brexit, Erdogan, Trump – wir erleben einen Rechtsruck, der unsere Welt in ungeahnter Weise verändert. Vieles, was wir bislang für schlimm hielten, wird noch schlimmer werden. Manch eine*r denkt wahrscheinlich darüber nach, bei der nächsten Wahl vielleicht doch das Kreuzchen bei nicht-rechten Kandidat*innen zu setzen. Und ganz ehrlich: Was jede*r einzelne*r von uns in der konkreten Situation macht, machen wir ohnehin nur mit unserem eigenen Gewissen aus.

Aus Sicht organisierter Anarchist*innen lässt sich allerdings feststellen: Wenn wir ein politisches Konzept haben wollen, auf dessen Grundlage sich antiautoritäre Kräfte den populistischen, rechten und faschistischen Bestrebungen entgegensetzen wollen, dann kann dieses nicht auf der Abgabe der eigenen Stimme beruhen. Stattdessen muss sich dieses Konzept außerhalb der Parlamente manifestieren. In Worten und Taten.

Wir möchten mit dieser Kampagne den Fokus weniger auf die Wahlen, denn auf die aktuellen Verhältnisse lenken. Neben einer Kritik des Wahlsystems und der parlamentarischen Demokratie an sich, wollen wir insbesondere dazu arbeiten, wie wir wieder in die Offensive kommen.

Die Antwort sehen wir in der Entwicklung solidarischer Perspektiven, die sowohl ideell unterfüttert, als auch real erfahrbar sein sollen.

Selbstorganisation statt Parlamentarismus!
Kooperation von unten statt Nationalismus und Populismus!
Solidarische Perspektiven entwickeln!

SOLIDARISCHE PERSPEKTIVEN ENTWICKELN

JENSEITS VON WAHLEN UND POPULISMUS

FDA-IFA.ORG/PERSPEKTIVEN

